

Inhalt



Annelie Buntenbach
(Mitglied des
Geschäftsführenden
Bundesvorstandes)

Alterssicherung

- ▶ forsa-Umfrage: nur 10 Prozent für Beitragssenkung
- ▶ DGB fordert Politikwechsel für sichere Renten.
- ▶ Mütterrenten-Versprechen grenzt an Wahlbetrug.

Arbeitsschutz

- ▶ Handlungshilfe: Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen
- ▶ Sozialpartner-Konsultation wegen Schwarzarbeit
- ▶ Beste Suchtprävention: Gute Arbeitsbedingungen
- ▶ Bank of America: Praktikant stirbt nach „all nightern“.

Pflege

- ▶ BGH-Urteil: Bedürftigkeit durch Pflegereform vermeiden.
- ▶ Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff: Bericht des Expertenbeirats

Unser Team.

Doris Loetz	Heike Inga Ruppender Maxi Spickermann Petra Köhler	Ingo Nürnberger	Dirk Neumann	Knut Lambertin	Marco Frank	Dr. Hanns Pauli	Marina Schröder	Oliver Suchy
Sekretariat Annelie Buntenbach 24060-260	Sekretariat Sozialpolitik 24060-725 24060-743 24060-712	Abteilungsleiter Sozialpolitik	Alterssicherung Rehabilitation	Gesundheitspolitik Krankenversicherung	Pflege Selbstverwaltung	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Unfallversicherung Arbeits- und Gesundheitsschutz	Politische Koordinierung Kampagnen Sozialpolitik

Alterssicherung

forsa-Umfrage: nur noch 10 Prozent für Beitragssenkung – 84 Prozent für Ausbau der Reserve

Nach einer aktuellen, repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts forsa sind 84 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dafür, die aktuellen Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung auszubauen, um einer Senkung der künftigen Renten entgegenzuwirken. Nur zehn Prozent sprechen sich für eine Senkung des Rentenversicherungsbeitrags aus.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Ablehnung einer Beitragssenkung in der Rentenversicherung von 80 Prozent (2012) auf 84 Prozent gestiegen. Die Zahl der Befürworter ist von 17 auf zehn Prozent gesunken. Besonders auffällig ist, dass die Zahl der Gegner einer Beitragssenkung auch innerhalb der FDP-Anhängerschaft von 62 Prozent (2012) auf 81 Prozent gestiegen ist.

Zu den Umfrageergebnissen sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach am 29. August 2013 in Berlin: „Die Parteien, allen voran die CDU/CSU, sollte sich nicht länger vom Irrglauben leiten lassen, sich könnten die Menschen in Deutschland mit einer Senkung der Rentenbeiträge ködern. Die klare Botschaft einer überwältigende Mehrheit ist: Die Menschen in Deutschland wollen keine Beitragssenkung, sondern sichere Renten. Das sagen auch 84 Prozent der Anhänger von CDU und CSU. Selbst unter den Anhängern der FDP sind die Befürworter einer Beitragssenkung nur noch eine Randgruppe.“

Beitragssenkungen in der Rentenversicherung müssen ein für alle Mal eine Ende haben. Sie widersprechen den demografischen Herausforderungen, weil die notwendigen Spielräume zur Stabilisierung der künftigen Renten pulverisiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben offenbar ein großes Vertrauen und wollen eine starke gesetzliche Rentenversicherung. Die Parteien sollten dieses Vertrauen nicht aufs Spiel setzen und die Rücklagen nutzen, um die Rente armuts- und damit zukunftsfest zu machen.“

Hier der Kurz-Link zu den Umfrage-Ergebnissen: <http://bit.ly/14n5u70> (Quelle: <http://www.ichwillrente.net/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung-vom-2982013/#c1542>)

DGB fordert Politikwechsel für sichere Renten

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert einen Politikwechsel hin zu einer vorsorgenden Rentenpolitik. Beitragssenkungen in der Rentenversicherung müssen ein Ende haben, um Altersarmut zu vermeiden. Stattdessen schlägt der DGB den Aufbau einer Demografie-Reserve vor, um die Renten der Zukunft zu sichern. Dazu sagte Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied, am 30. August 2013 auf der rentenpolitischen DGB-Tagung „Sichere Rente – für uns alle“ in Berlin:

„Die nächste Legislaturperiode ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Renten bis zum Jahr 2030, weil der demografische Wandel danach mit Hochgeschwindigkeit einsetzt. Notwendig ist eine vorsorgende Rentenpolitik, um die Rente auch für die künftigen Generationen zu sichern. Dazu schlagen wir vor, den Rentenbeitrag in kleinen Schritten anzuheben und die Rücklagen der Rentenversicherung zu einer Demografie-Reserve auszubauen. Nach einer aktuellen forsa-Umfrage wollen dies auch 84 Prozent der Bürgerinnen und Bürger.

Das DGB-Rentenmodell ermöglicht das Rentenniveau zu halten, die Erwerbsminderungsrente deutlich zu erhöhen und die Rente mit 67 zumindest auszusetzen, selbst wenn der Rentenbeitrag bis zum Jahr 2030 auf 22 Prozent begrenzt wird. Der Beitragssatz muss also noch nicht einmal höher steigen, als es die Regierung bislang selbst plant, sondern nur früher.

Es wäre dagegen unverantwortlich, den Rentenbeitrag erneut zu senken, weil die Rentenkasse dann am Ende der nächsten Wahlperiode leer wäre. Die Folge wären steigende Beiträge trotz sinkender Renten und wachsender Altersarmut. Wir fordern deshalb ein Ende der Beitragssenkungen, denn sie werden zu den Rentenkürzungen von morgen. Nach der forsa-Umfrage sprechen sich nur zehn Prozent der Bürgerinnen und Bürger für eine Beitragssenkung aus.

CDU/CSU und FDP sollten sich also nicht länger vom Irrglauben leiten lassen, sie könnten die Menschen in Deutschland mit einer Senkung der Rentenbeiträge ködern. Die klare Botschaft einer überwältigenden Mehrheit ist: Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine Beitragssenkung, sondern sichere Renten. Das ist das, was wir mit einem Politikwechsel meinen. Selbst innerhalb der Anhängerschaft der FDP sind die Befürworter einer Beitragssenkung nur noch eine Randgruppe.

Ein Politikwechsel für eine vorsorgende Rentenpolitik ist dringend erforderlich. Wenn das Rentenniveau – wie gesetzlich vorgesehen – künftig bis auf 43 Prozent sinkt, wird Altersarmut ein Massenphänomen und kein ‚FDP-Einzelfall‘. Bei einem Rentenniveau von 43 Prozent würden Neurentnerinnen und Neurentner heute im Durchschnitt nur noch 775 Euro bekommen. Die Durchschnittsrente würde also vielerorts unterhalb der Grundsicherung im Alter liegen.“

Das DGB-Rentenkonzept 2013 finden Sie (als Broschüre zum download) hier:
<http://www.ichwillrente.net/die-kampagne/rente-mit-zukunft/>

Mütterrenten-Versprechen grenzt an Wahlbetrug

Der DGB kritisiert die Ankündigung von Bundesarbeitsministerin von der Leyen, bessere ‚Mütterrenten‘ aus den derzeitigen Rücklagen der Rentenversicherung finanzieren zu wollen, als Wahlkampf-Lüge.

Das Versprechen von Ministerin von der Leyen, bessere Mütterrente aus den Überschüssen der Rentenversicherung zu bezahlen, funktioniert nicht. Für die Angleichung der Kindererziehungszeiten für Geburten vor dem Jahr 1992 sind nach Berechnungen der Rentenversicherung 6,5 Milliarden Euro pro Jahr nötig. Wenn die CDU/CSU den Rentenbeitrag senken will und den Steuerzuschuss kürzt, werden aus den heutigen Überschüssen der Rentenversicherung bereits im Jahr 2016 Defizite. Am Ende der nächsten Legislaturperiode, im Jahr 2017, läge das Defizit bereits bei 17,8 Milliarden Euro. Dann gibt es keine besseren Mütterrenten, sondern es drohen sogar neue Rentenkürzungen für die jungen Generationen. Ein solches Versprechen ist unverantwortlich.

Bessere Rentenleistungen sind bitter nötig. Das geht aber nur, wenn der Rentenbeitrag maßvoll erhöht und nicht noch weiter gesenkt wird. Der Beitragssenkungsirrsinn muss endlich ein Ende haben, weil er den Herausforderungen widerspricht und zu einem Sturzflug der Rente für die künftigen Generationen führt. Beitragssenkungen von heute sind die Rentenkürzungen von morgen.

Die Angleichung der Kindererziehungszeiten führt zu zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 6,5 Milliarden Euro jährlich. Wenn die Finanzierung der Mütterrenten der Rentenversicherung aufgebürdet werden sollte, würden die Rücklagen, die Ende 2013 voraussichtlich bei ca. 31 Milliarden Euro liegen werden, innerhalb von drei Jahren verpulvert.

Wir fordern die CDU/CSU auf, bessere Mütterrenten vollständig aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Gleichzeitig muss die Reserve der Rentenversicherung weiter ausgebaut werden, denn die Verbesserung der Mütterrenten reicht im Kampf gegen Altersarmut nicht aus. Nötig ist vor allem die Stabilisierung des Rentenniveaus. Die Sicherung der künftigen Renten ist dringend notwendig und durch den Aufbau einer Demografie-Reserve auch möglich.

	Nachhaltigkeitsrücklage in Mrd. Euro bei Beitragssatz von 18,4 % ab 2014 (Schätzerkreis, Juni 2013; DGB-Berechnungen)		Geschätzte Nachhaltigkeitsrücklage in Mrd. Euro bei Beitragssatz von 18,9 % ab 2014 (Schätzerkreis, Juni 2013; DGB-Berechnungen)	
	ohne Mütterrente	mit Mütterrente	ohne Mütterrente	mit Mütterrente
2013	31,4		31,4	
2014	28,5	22	34,5	28
2015	23,3	10,3	35,3	22,3
2016	15,5	-4	33,5	14
2017	8,2	-17,8	32,2	6,2

Tabelle: Entwicklung der Nachhaltigkeitsreserve der Rentenversicherung beim Beitragssatz von 18,4 bzw. 18,9 % und zusätzlicher Finanzierung der „Mütterrenten“.

Arbeitsschutz

Neue Handlungshilfe zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen erschienen

Das Institut für Arbeit und Gesundheit (IAG) der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) hat einen Report zur „Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen“ veröffentlicht. Der Report wendet sich an Unternehmen, die **gemäß** Arbeitsschutzgesetz dazu verpflichtet sind, die psychischen Belastungen ihrer Beschäftigten bei der Arbeit zu beurteilen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Er enthält Tipps, wie bei der Messung vorzugehen ist, wie Betriebe Präventionsmaßnahmen erarbeiten und ihre Wirksamkeit prüfen können.

Termin:

7. November 2013,
Düsseldorf:

A+A Tag der Betriebs- und Personalräte:

„Die moderne Arbeitswelt gesund und sicher gestalten“

Im Rahmen dieser Veranstaltung gibt es zum Beispiel von 9.40 bis 11.00 Uhr eine Diskussionsrunde zum Thema „Weniger Stress mit dem Stress“. Den Programm-Flyer finden Sie im Anhang der Newsletter-Mail.

Der Report kann im Internet unter <http://publikationen.dguv.de>, Bestell-Nummer 12137, heruntergeladen werden.

Arbeitsmarkt: Konsultation von Sozialpartnern mit dem Ziel, Schwarzarbeit zu reduzieren

Die EU-Kommission begann am 4. Juli 2013 mit der Konsultation der Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen über mögliche künftige EU-Maßnahmen zur Prävention und Abschreckung von Schwarzarbeit durch eine bessere Zusammenarbeit der mitgliedstaatlichen Durchsetzungsbehörden (zum Beispiel Arbeitsaufsichts-, Steuer- oder Sozialversicherungsbehörden). Eine derartige Zusammenarbeit könnte unter anderem den Austausch bewährter Verfahren zu Präventions- und Abschreckungsmaßnahmen beinhalten, wie auch gemeinsame Grundsätze für die Arbeitsinspektionen, die Förderung von Mitarbeiteraustausch und gemeinsamen Schulungen sowie die Erleichterung gemeinsamer Kontrollmaßnahmen.

Mithilfe der Konsultation soll die EU-Kommission ihre politischen Ziele zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, wie sie im Beschäftigungspaket von April 2012 dargelegt ist, leichter umsetzen können. Das Paket bekräftigt, dass die Umwandlung von informeller Arbeit oder nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen könnte.

Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen haben bis zum 20. September 2013 Zeit, Stellung zu nehmen und zu kommentieren.

Hier der Link zur Pressemitteilung: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-650_de.htm

Gute Arbeitsbedingungen sind die beste Suchtprävention

Gute Arbeitsbedingungen sind aus Sicht des DGB die beste Suchtprävention. Der vom wissenschaftlichen Institut der AOK festgestellte Anstieg von Suchterkrankungen in Deutschland ist ein weiterer Grund, die Anerkennung von Arbeit durch ausreichende Bezahlung, gute Arbeitsorganisation und Arbeitsplatzsicherheit zu verbessern. Suchtprobleme sind sehr häufig auch durch die Verhältnisse am Arbeitsplatz mitbedingt. Zuviel Stress und zu hohe Arbeitsbelastung können psychische Krisen auslösen und damit Suchterkrankungen verursachen. Dies gilt auch für Konflikte mit Vorgesetzten und Mobbing. Aber auch schon zu viel Arbeit oder zu lange Arbeitszeiten führen zu Depressionen und einer höheren Anfälligkeit für Missbrauch. Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter greifen besonders häufig zu Schlafmitteln, Stimmungsaufhellern und anderen Drogen. Betriebs- und Personalräte versuchten deswegen zunehmend die psychischen Belastungen im Betrieb zu erfassen und gegen zu viel Druck und Stress vorzugehen; das Engagement der Arbeitgeber ist dabei aber bisher viel zu gering.

Praktikant stirbt nach mehreren „all nightern“ bei der Bank of America

Ein 21-jähriger Praktikant einer Investmentbank starb in London, nachdem er innerhalb von zwei Wochen acht so genannte „all nighter“ absolviert hatte. Hierbei handelt es sich um 24-Stunden-Arbeitstage, verbunden mit einem im Bankerjargon als „magic roundabout“ bezeichneten Verfahren. Hierbei wird der Banker frühmorgens mit dem Taxi nach Hause gefahren, um zu duschen und die Kleidung zu wechseln. Das Taxi wartet vor dem Haus und fährt ihn dann zurück ins Büro. Der junge Mann hatte an der Otto Beisheim School of Management in Rheinland Pfalz studiert. Der Sprecher der Bank of America sagte: „Er war unter seinen Kollegen sehr beliebt und ein äußerst gewissenhafter Praktikant mit einer viel versprechenden Zukunft.“

Pflege

BGH-Urteil: Bedürftigkeit durch Pflegereform vermeiden

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) begrüßt das Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zur Einschränkung der Unterhaltspflicht von Kindern bei pflegebedürftigen Eltern. Gleichzeitig fordert der DGB, Sozialhilfe-Bedürftigkeit im Pflegefall durch den Ausbau der Pflegeversicherung zu vermeiden. Dazu sagte Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied, am 8. August 2013 in Berlin:

„Angehörige und Kommunen müssen immer höhere Lasten für die Pflege tragen, weil die Pflegeleistungen seit Jahren entwertet werden. Damit wird der Sinn und Zweck der Pflegeversicherung, Sozialhilfe-Abhängigkeit im Pflegefall zu vermeiden, immer häufiger verfehlt. Die Ausgaben für Hilfe zur Pflege in der Sozialhilfe sind von 2005 bis 2011 trotz scharfer Bedürftigkeitsprüfung um 14 Prozent auf 3,58 Milliarden Euro gestiegen.“

Die Zeit des Durchwurschtelns muss nach der Bundestagswahl schnellstens ein Ende haben. Wir brauchen endlich eine Pflegereform aus einem Guss, die den pflegebedürftigen Menschen und ihren Pflegekräften wirklich hilft sowie Angehörige und Kommunen entlastet. Dazu muss der Pflegebedürftigkeitsbegriff umgehend umgesetzt werden, damit auch demenziell erkrankte Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu Pflegeversicherungsleistungen bekommen.

Die notwendigen Ausgabensteigerungen in der Pflege können nicht wegreformiert werden, sondern müssen durch eine Verbreiterung der solidarischen Finanzierungsgrundlagen und die Einbeziehung der privaten Pflegeversicherung aufgefangen werden. Dazu schlagen wir eine „Bürgerversicherung Pflege“ vor. Der Pflege-Bahr ist nur ein Placebo.“

Das DGB-Konzept zur Bürgerversicherung Pflege finden Sie unter www.dgb.de/-/qDi.

Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff: Bericht des Expertenbeirats

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat am 15. August 2013 den „Bericht des Expertenbeirats zur konkreten Ausgestaltung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs“ veröffentlicht. Er steht auf der Webseite des BMG unter diesem Kurmlink als download zur Verfügung: <http://bit.ly/15TDCfj> (Quelle: http://www.bmg.bund.de/fileadmin/dateien/Publikationen/Pflege/Berichte/Bericht_Pflegebegriff_RZ_Ansicht.pdf)

Bestellen können Sie unseren Newsletter auf unserer Homepage unter folgender Adresse: <https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link: <https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>